

## **A005: Gegen Fremdenfeindlichkeit und für eine offene Gesellschaft**

Laufende Nummer: 065

<b>Antragsteller_in:</b>	NGG
<b>Status:</b>	angenommen als Material zu Antrag A001
<b>Sachgebiet:</b>	A - Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa

### **Gegen Fremdenfeindlichkeit und für eine offene Gesellschaft**

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

Die Herausforderungen der Integration von geflüchteten Menschen aus Kriegsgebieten zeigen auch in ökonomisch starken Staaten wie Deutschland, dass die Übernahme humanitärer Verantwortung zu neuen Fragen gesellschaftlicher Wohlstandsverteilung führt. Teile der Gesellschaft beantworten diese Fragen mit einer Absage an ein gemeinsames Europa, mit Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen und erkennbarem nationalistischen Gedankengut. Vor dem Hintergrund jahrzehntelanger verfehlter Verteilungspolitik und neoliberaler Ideologie gewinnen populistische, völkische und fremdenfeindliche Ideologien verstärkten Rückhalt bei immer mehr Menschen in der Bundesrepublik und ganz Europa. Dies zeigen letztendlich auch die Wahlergebnisse in Deutschland 2016 und 2017.

Unsere gewerkschaftlichen Werte beruhen auf Solidarität, Respekt, Würde und Gleichheit der Menschen. Die Gewerkschaften sind aufgerufen, sowohl gesellschaftlich als auch betrieblich den nationalistischen Tendenzen und damit verbundenen fremdenfeindlichen Ideologien entschieden entgegenzustehen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der Versuche populistischer Parteien, in den Betriebsratsgremien Fuß zu fassen, dringend erforderlich.

Für die betrieblichen Mitbestimmungsgremien sind daher geeignete Materialien zu entwickeln, die unsere Kolleginnen und Kollegen gegenüber sozialpopulistischen Tendenzen und Anfeindungen durch so operierende Arbeitnehmergruppen (wie beispielsweise AidA) sensibilisieren und argumentationsfähiger machen. Dies wird in den kommenden Auseinandersetzungen immer wichtiger.

Mit Veranstaltungen, Bildungsangeboten, geeigneten Materialien und Aktionen zur Vielfalt im Betrieb soll populistischen Entwicklungen weiter Einhalt geboten werden. Insbesondere Aufklärung und Unterstützung wie durch das „Projekt zur Aufklärung und Unterstützung von aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern“ (PAU) des DGB-Bildungswerkes sind kontinuierlich weiterzuentwickeln und auszubauen.

Im Rahmen der gesellschaftlichen Teilhabe brauchen wir verstärkt bundesweite Debatten und gewerkschaftsübergreifende öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen. Damit wollen wir die Deutungshoheit für eine offene und plurale Gesellschaft und gegen die Bestrebungen einer rückwärtsgewandten Nationalisierung gewinnen.

Uns ist klar, dass die hohe Zahl der geflüchteten Menschen seit 2015 große Herausforderungen an uns und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt stellt. Daher haben wir die Aufgabe, uns noch stärker in die politische Debatte einzubringen und auch tarifpolitische und betriebliche Initiativen zum Miteinander und zur Integration weiterzuentwickeln. Dies ist Aufgabe und Verantwortung aller Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Unser gewerkschaftlicher Grundsatz muss sein, dass wir nicht mit Parteien zusammenarbeiten, die auf unverantwortliche Weise gewerkschaftsfeindliche, rassistische oder rechtspopulistische Positionen und Ziele fördern oder sich zu eigen machen. Diese Positionen sind unvereinbar mit denen der DGB- Gewerkschaften.